

Vizepräsident und Bundesminister
Dr. Frank-Walter Steinmeier
Auswärtiges Amt
Werderscher Markt 1
10117 Berlin

Gitti Hentschel
Gunda Werner Institut
Deutscher Frauensicherheitsrat
T 030.28534-124
F 030.28534-109
Hentschel@boell.de
www.glow-boell.de
Berlin, 30.11.2007

**Betr: Erklärung anlässlich des Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen
Kriegsverbrecher in Afghanistan müssen bestraft werden**

Sehr geehrter Herr Dr. Steinmeier,

hiermit übersenden wir Ihnen als Außenminister und Vizepräsident der Bundesrepublik Deutschland die Erklärung, die der Deutsche Frauensicherheitsrat, WOMNET, das Forum Menschenrechte und das Gunda-Werner-Institut für Feminismus und Geschlechterdemokratie in der Heinrich-Böll-Stiftung aus Anlass des internationalen Tags gegen Gewalt an Frauen in der vergangenen Woche veröffentlicht haben.

Wir fordern Sie nachdrücklich auf, Ihren Einfluss auf die afghanische Regierung geltend zu machen, damit Kriegsverbrecher in Afghanistan bestraft werden.

Wie Sie aus unserer Erklärung ersehen können, sind wir – wie Sie ja auch - über die politischen Entwicklungen in Afghanistan äußerst besorgt. Wir sehen einen wichtigen Grund der Zuspitzung der Verhältnisse u.a. in dem Amnestiegesetz, das die afghanische Regierung unter Präsident Hamid Karsai im März 2007 erlassen hat. Wie Sie wissen, wurde damit allen Kriegsverbrechern der letzten 28 Jahre Straflosigkeit garantiert. Zwar dürfen Privatpersonen vor Gericht Anklage gegen Kriegsverbrecher erheben, aber wer als Privatperson kann wagen, die mächtigen Warlords und Drogenbarone herauszufordern, ohne sein Leben zu riskieren?

Die zahllosen Massenvergewaltigungen und anderen Kriegsverbrechen, die die heute in der Regierung sitzenden Warlords der "Nordallianz" begangen haben - zum Beispiel die Zerstörung von Kabul und die Tötung von rund 65.000 Menschen Anfang der 90er Jahre - werden auf diese Weise ungesühnt bleiben. Für die afghanischen Frauen, in deren Namen angeblich das Land befreit wurde, ist das besonders schlimm.

Wir fordern Sie daher dringend auf, politischen Druck auf die Regierung Karsai auszuüben, damit der Skandal der Straflosigkeit ein Ende findet. Der gepeinigten Bevölkerung raubt er die Hoffnung auf Gerechtigkeit und auf Veränderung ihrer Lage. Straflosigkeit belohnt Verbrecher

und Verbrechen und zersetzt jede Moral. Sie nimmt den Opfern jede Lebenskraft und zerstört ihre Identität. Das gilt ganz besonders, wenn es um Akte sexualisierter Kriegsgewalt ging.

Gerade wir Deutschen sollten hier vor dem Hintergrund unserer eigenen Geschichte hier besondere Sensibilität und Verantwortung zeigen.

Die Bundesregierung ist einer der wichtigsten internationalen Geldgeber in Afghanistan, sie hält wirksame Druckmittel in der Hand.

Wir fordern sie daher dringend auf, alles für ein Ende der Straflosigkeit zu tun. Das Amnestiegesetz in Afghanistan muss fallen, und die Justiz aufgebaut und demokratisiert werden, die Rechte der Menschenrechtskommission müssen gestärkt werden. Es muss ein echter Wahrheitsfindungs- und Versöhnungsprozess in der Gesellschaft begonnen werden.

Wir hoffen auf Ihre politische Initiative und auf baldige Antwort.

Mit freundlichen Grüßen

Gitti Hentschel

Leiterin des Gunda Werner Institut für Feminismus und Geschlechterdemokratie
in der Heinrich-Böll-Stiftung
Steuerungsgruppe Frauensicherheitsrat

Anlage